

Mit Marx für das bedingungslose, garantierte Grundeinkommen

In Freiheit tätig sein

Das Ziel einer freien, kommunistischen Gesellschaft[1] besteht nach Marx in der Verwirklichung folgenden Prinzips: „*Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!*“ (MEW 19; 21).

Erst als freie Tätigkeit kann Arbeit zu dem werden, was sie eigentlich ist: „*das erste Lebensbedürfnis*“ (MEW 19; 21) des Menschen. Für Marx als dialektisch denkenden Wissenschaftler besitzt Arbeit ein doppeltes Gesicht: wenn Arbeit „*daher zunächst unabhängig von jeder bestimmten gesellschaftlichen Form*“ (MEW 23; 192) betrachtet wird, dann ist Arbeit die Grundlage für die Entwicklung des Menschen schlechthin: „*Indem er [der arbeitende Mensch K.R.] durch diese Bewegung [den Arbeitsprozess K.R.] auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigne Natur. Er entwickelt die in ihr schlummernden Potenzen und unterwirft das Spiel ihrer Kräfte seiner eignen Botmäßigkeit.*“ (MEW 23; 192).

Wenn Arbeit jedoch in den bisherigen Formen, also als Sklavenarbeit, Fronarbeit und vor allem Lohnarbeit analysiert wird, dann ändert sich der Befund radikal. Arbeit wird als fremdbestimmte, entfremdete Tätigkeit erkannt. Entfremdung bedeutet folgendes: „*Der Gegenstand, den die Arbeit produziert, ihr Produkt, tritt ihr als ein fremdes Wesen, als eine von dem Produzenten unabhängige Macht gegenüber.*“ (MEW 40; 511).

Was Marx hier in einer Frühschrift in einer noch sehr philosophischen Sprache ausdrückt, löst er später im **Kapital** präzise ein. Die Lohnarbeit erzeugt fremdes Privateigentum, die Waren werden zu Geld und das Geld zu Kapital. **Die Lohnarbeit erzeugt nicht nur das Kapital als gesellschaftliche Macht, sondern reproduziert dynamisch die kapitalistischen Verhältnisse selbst.**

Vom Zwangscharakter der Erwerbsarbeit

Der entscheidende Punkt dabei: Lohnarbeit ist ein zweifaches Zwangsverhältnis. Wohl kann die Arbeitskraft unter normalen kapitalistischen Bedingungen[2] entscheiden, an welches Kapital sie ihre Arbeitskraft verkauft, aber dass sie es muss, steht außer Frage. Zum Zwang, die Arbeitskraft verkaufen zu müssen, kommt die Unterordnung der Arbeitskraft unter das Diktat des Kapitals im Arbeitsprozess selbst. Strukturell ist Lohnarbeit für Marx grundsätzlich Zwangsarbeit, daran lässt er keinen Zweifel: „*Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet, und wenn er arbeitet, ist er nicht zu Hause. Seine Arbeit ist daher nicht freiwillig, sondern gezwungen, Zwangsarbeit. Sie ist daher nicht die Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern sie ist nur ein Mittel, um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen.*“ (MEW 40; 14).

So sehr Marx die Arbeit an sich wertschätzt, so sehr analysiert er die Lohnarbeit durchgehend als Herrschaftsverhältnis und formuliert immer wieder Analogien zur Sklaverei. Lesen wir dazu einige Passagen: „*Nun muss auch der Lohnarbeiter wie der Sklave einen*

Herrn haben, um ihn arbeiten zu machen und ihn zu regieren.“ (MEW 25, 399), „Der Ausgangspunkt der Entwicklung, die sowohl den Lohnarbeiter wie den Kapitalisten erzeugt, war die Knechtschaft des Arbeiters. Der Fortgang bestand in einem Formwechsel dieser Knechtung, in der Verwandlung der feudalen in kapitalistische Exploitation.“ (MEW 23; 743), „Die Bewegung des Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr von Arbeit auf dieser Basis vollendet die Despotie des Kapitals.“ (MEW 23; 669) sowie „Das Kapital ist also die Regierungsgewalt über die Arbeit und ihre Produkte.“ (MEW 40; 484)

Erwerbsarbeit als das Herrschaftsinstrument des Kapitals

Für Marx steht außer Zweifel, dass Lohnarbeit unabdingbar ein Herrschaftsverhältnis darstellt und sie selbst die knechtende Macht des Kapitals produziert. Je mehr Lohnarbeit, je länger und intensiver gearbeitet wird, desto größer wird die gesellschaftliche Macht des Kapitals und der herrschenden Klassen. Welches sind nun die gesellschaftlichen Bedingungen, die laut Marx die „emanzipierte Arbeit“ (MEW 42; 598) ermöglichen? Was nun ein zukünftiges Institutionengefüge betrifft, so bleibt Marx ausgesprochen abstrakt, ja vage. Marx hat uns keine Blaupause für den Kommunismus geliefert.[3] Ein „Verein freier Menschen“ (MEW 23; 92) soll ein „board“ [Amt] einrichten, „was für die gemeinsam arbeitende Gesellschaft Buch und Rechnung führte.“ (MEW 42; 89).

Emanzipierte Arbeit

Präzise sind hingegen seine Ausführungen die unmittelbaren ökonomischen Bedingungen betreffend. Alles voran erfordert die „emanzipierte Arbeit“ eine massive Steigerung der Produktivkraft der Arbeit. Steigerung der Produktivkraft bedeutet, dass die notwendige Zeit für die Produktion von Gütern sinkt. Diese Steigerung der Produktivität ermöglicht die massive Reduktion der Arbeitszeit auf wenige Stunden in der Woche. Dies setzt allerdings die Überwindung des Kapitalismus voraus. Allerdings – notwendige Arbeit bleibt notwendige Arbeit.

Ich zitiere dazu eine berühmte Stelle aus dem *Kapital*. „Die Freiheit in diesem Gebiet [der notwendigen Arbeit K.R.] kann nur darin bestehen, dass der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung.“ (MEW 25; 828).

Von den freien Tätigkeiten

Wenn die notwendige Arbeit *quantitativ* wenig Raum im menschlichen Leben einnimmt, etwa nur 15 Stunden die Woche, dann verliert dieses Reich auch an *qualitativer* Bedeutung.

Wenn Marx also davon spricht, dass die Arbeit „das erste Lebensbedürfnis“ werden solle, so erfordert dies zweierlei: Eine massive Reduktion der notwendigen Arbeit und zugleich ein weites Feld freier Tätigkeiten, die Marx streng genommen gar nicht mehr als Arbeit bezeichnet.

In seinem bedeutenden Manuskript von 1858/59, den sogenannten „Grundrissen“ (MEW 42), skizziert Marx sehr sensibel die Wechselwirkung zwischen der Reduktion der notwendigen Arbeitszeit und der Zeit für freie Tätigkeit: *„Die Ersparung von Arbeitszeit gleich Vermehren der freien Zeit, d. h. Zeit für die volle Entwicklung des Individuums, die selbst wieder als die größte Produktivkraft zurückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit. (...), Dass übrigens die unmittelbare Arbeitszeit selbst nicht in dem abstrakten Gegensatz zu der freien Zeit bleiben kann - wie sie vom Standpunkt der bürgerlichen Ökonomie aus erscheint -, versteht sich von selbst. Die Arbeit kann nicht Spiel werden, wie Fourier will. (...) Die freie Zeit, die sowohl Mußzeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist — hat ihren Besitzer natürlich in ein andres Subjekt verwandelt, und als dies andre Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozess.“* (MEW 42; 607).

Kritik an der Lohnarbeit

Lohnarbeit und freie, selbstbestimmte Tätigkeit war für Marx ein unlösbarer Widerspruch. Wir sollten uns seine scharfe, ja kompromisslose Kritik an der Lohnarbeit immer wieder in Erinnerung rufen. Oftmals wurde sie verwässert und relativiert, aber seine Texte sprechen eine klare Sprache. Wer also das Loblied auf die Lohnarbeit singt, der oder dem muss klar sein, das geht nur gegen Marx. Trotzdem war Marx dem Pragmatismus bezüglich der Verhältnisse in der Lohnarbeit nicht abhold. Er unterstützte und begrüßte die Einführung des 10-Stunden-Bills in England und kritisierte die damalige weit verbreitete Praxis der Sanktionierung der Arbeitskräfte durch Lohnabzüge. In seinem Artikel *Der politische Indifferentismus* paraphrasiert er süffisant die abstruse Position des Anarchisten Proudhon und lässt diesen sagen: *„Die Arbeiter sollen nicht ihre Kräfte vergeuden, um eine legale Grenze des Arbeitstages zu erreichen, denn das heißt, Kompromisse mit den Unternehmern schließen, die dann die Arbeiter nur noch 10 oder 12 Stunden statt 14 oder 16 ausbeuten könnten. Desgleichen sollen sie sich nicht bemühen, das gesetzliche Verbot der Fabrikarbeit von Mädchen unter zehn Jahren zu erreichen, denn durch dieses Mittel wird noch nicht die Ausbeutung der Knaben unter zehn Jahren aufgehoben.“* (MEW 18; 299).

Freie Tätigkeiten statt Verbesserungen in der Lohnarbeit

Mit einem Wort, Verbesserung der Verhältnisse in der Lohnarbeit begrüßte Marx, und seien sie noch so gering. Aber zugleich warnt er vor der Illusion, Lohnarbeit könne zu einer freien Tätigkeit werden: *„Keine Form der Lohnarbeit, obgleich die eine Missstände der andren überwältigen mag, kann die Missstände der Lohnarbeit selbst überwältigen.“* (MEW 42; 59). *„Statt des konservativen Mottos: ‚Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!‘ sollte sie auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: ‚Nieder mit dem Lohnsystem!‘“* (MEW 16; 152). Wir können also mit Marx schlussfolgern: **Eine freie Tätigkeit ist in der Lohnarbeit nicht gegeben aber dringendst anzustreben.**

Von den güldenen Ketten

Zwischenbemerkung: Hat sich Marx bei seiner Beurteilung der Lohnarbeit nicht doch geirrt? Ist es nicht so, dass viele Menschen der Lohnarbeit durchaus positive Aspekte abgewinnen? Kann Lohnarbeit nicht doch auch befriedigend sein? Nun, Marx wusste sehr wohl, dass sich kapitalistische Arbeitsverhältnisse höchst unterschiedlich darstellen können. Und er wusste auch, dass in Phasen des wirtschaftlichen Aufschwungs, wie etwa in der Periode nach 1945 in Mitteleuropa, „*Umfang und die Wucht der goldenen Kette, die der Lohnarbeiter sich selbst bereits geschmiedet hat, ihre losere Spannung erlauben.*“ (MEW 23; 646).

Aber „*So wenig, aber bessere Kleidung, Nahrung, Behandlung und ein größeres Peculium [zur Verfügung stehende Geldmittel] das Abhängigkeitsverhältnis und die Exploitation des Sklaven aufheben, so wenig die des Lohnarbeiters.*“ (MEW 23; 646). Loblieder auf die Lohnarbeit, die angeblich dem Menschen Selbstbewusstsein, ja Glück und Integration beschert, diese Loblieder wird man bei Marx niemals finden. Zudem ist diese Lobhudelei offensichtlich zynisch.

Selbstbetrug als pragmatisches Mittel zur Glücksillusion

Wie soll die Mehrzahl der Menschen emotional mit der Tatsache umgehen, dass sie de facto zur Lohnarbeit gezwungen werden? Sollen sie sich jeden Tag vorsagen, dass sie ihr Leben fremdbestimmt vergeuden? Dass sie etwas tun, was sie eigentlich nicht wirklich bestimmen können? Dass sie in ein Herrschaftsverhältnis eingebunden sind? Das hält psychisch kein Mensch auf Dauer aus. Vor allem, was als selbstverständlich und alternativlos erachtet wird, dem kann man sich nicht widersetzen. Und so kann die Reaktion auf den Zwang zur Lohnarbeit nur Pragmatismus sein: doch eine Beschäftigung zu finden, die einem irgendwie entspricht und Freude macht, doch jene Arbeitsverhältnisse anzustreben, mit denen man gut und verträglich existieren kann. **Dass der Zwang zur Lohnarbeit soweit es geht ins Positive gewendet wird, ist eine elementare psychische und emotionale Überlebensstrategie, zu der es ohne Grundeinkommen im Kapitalismus keine Alternative gibt. Diese Überlebensstrategie in „Menschen wollen Lohnarbeit“ umzumünzen ist zynisch, sie in „Menschen wollen Lohnarbeit, egal welche“ umzuformen, reaktionär.**

Die Eigentumsfrage und die Formfrage

Wenn wir über die gesellschaftlichen Bedingungen nachdenken, die zumindest tendenziell „Zeit für höhere Tätigkeit“ ermöglichen, ist es empfehlenswert sich der Marxschen Formkritik zu erinnern. Nicht selten werden die von Marx antizipierten Bedingungen einer freien Gesellschaft auf den bloßen Eigentumswechsel an den Produktionsmitteln heruntergebrochen. **Aber Kommunismus ist mehr als bloßes kollektives Eigentum!** Mit der Überführung von Kapital ins Staatseigentum ist es überhaupt nicht getan.[4] Auch Engels, der die feinen Analysen und dialektischen Prozesse von Marx manches Mal in

formalen Schematismus verwandelt, weiß, dass das Staatseigentum die Verhältnisse beim alten belässt. „*Je mehr Produktivkräfte er [der Staat K.R.] in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier.*“ (MEW 20; 260). Nicht nur bleibt Arbeit Lohnarbeit, das Arbeitsprodukt bleibt Ware, die Produktionsmittel Privateigentum. Lohnarbeit, Ware und Privateigentum sind aber kommunizierende Gefäße, einander bedingende Formen der kapitalistischen Ökonomie. Die entscheidende Institution dabei ist für Marx die Lohnarbeit. **Nicht das Privateigentum schafft die Lohnarbeit, die Lohnarbeit schafft das Privateigentum.** „*Arbeitslohn ist eine unmittelbare Folge der entfremdeten Arbeit, und die entfremdete Arbeit ist die unmittelbare Ursache des Privateigentums.*“ (MEW 40; 521).

Damit Kommunisten nicht zugleich Kapitalisten sind

Um die kapitalistische Produktionsweise zu überwinden, ist es nötig, den Zusammenhang zwischen der Lohnarbeit, dem Kapital sowie dem Grundbesitz zu begreifen. „*Es ist klar, dass das Kapital die Arbeit als Lohnarbeit voraussetzt. Es ist aber ebenso klar, dass, wenn von der Arbeit als Lohnarbeit ausgegangen wird, so dass das Zusammenfallen der Arbeit überhaupt mit der Lohnarbeit selbstverständlich scheint, dann auch als natürliche Form der Arbeitsbedingungen, gegenüber der Arbeit überhaupt, das Kapital und die monopolisierte Erde erscheinen müssen.*“ (MEW 25; 833). Solange die Lohnarbeit als die „natürliche“, gesellschaftlich unüberwindliche Form der Arbeit *erscheint*, solange erscheint auch das Kapital und der Grundbesitz als die weiteren notwendigen Bedingungen jeder Produktion.

Lohnarbeit als Bestandsgarant des Kapitalismus

Wer also die Lohnarbeit nicht in Frage stellt, stellt auch das Kapital und den privaten Grundbesitz nicht in Frage. „*In der Tat, indem die Lohnarbeit nicht als eine gesellschaftlich bestimmte Form der Arbeit, sondern alle Arbeit ihrer Natur nach als Lohnarbeit erscheint (sich dem in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen Befangenen so vorstellt), fallen auch die bestimmten, spezifischen gesellschaftlichen Formen, welche die gegenständlichen Arbeitsbedingungen die produzierten Produktionsmittel und die Erde - der Lohnarbeit gegenüber einnehmen (wie sie umgekehrt ihrerseits die Lohnarbeit voraussetzen), ohne weiteres zusammen mit dem stofflichen Dasein dieser Arbeitsbedingungen, (...)*“ (MEW 25; 832).

Wer also Sozialismus mit verstaatlichten Produktionsmitteln, Lohnarbeit für alle und guten Löhnen gleichsetzt, steht in diametralen Gegensatz zu Marx. Nicht Gerechtigkeit, sondern die Überwindung der kapitalistischen Formen der Produktion, also Lohnarbeit, Ware und Privateigentum an Produktionsmittel, das war die Perspektive, die Marx mit einer nachkapitalistischen Gesellschaft verband. Den in den „kapitalistischen Produktionsverhältnissen Befangenen“ kommt freilich eine Alternative zur Lohnarbeit nicht in den Sinn. Wer Lohnarbeit für selbstverständlich hält, kann sich nur gute oder schlechte, anständig oder mies bezahlte, angenehme oder scheußliche vorstellen. Und in dieser Dimension wird (noch?) gesellschaftlich hegemonial über Lohnarbeit verhandelt.

Das Grundeinkommen als Grundlage für den Kommunismus

Die Forderung nach dem bedingungslosen Grundeinkommen rüttelt jedoch an diesem Dogma. Indem wir für das bedingungslose Grundeinkommen eintreten, reaktivieren wir die kompromisslose Kritik von Marx an der Lohnarbeit und bringen gesellschaftliche Alternativen zu ihr ins Spiel. Vor allem treten wir dem Zerrbild eines Sozialismus entgegen, der alles über den Leisten der formalen Eigentumsverhältnisse biegt. Die Wiederaneignung der Produktionsmittel – wobei die institutionellen und politischen Formen, in denen dies geschieht erstmals ungeklärt sind, die formale Verstaatlichung kann es nicht sein – ist nur ein Moment der Überwindung der Formen der kapitalistischen Ökonomie, so lesen wir es bei Marx. Wer über den Kapitalismus hinaus will, muss über die Lohnarbeit hinauswollen.

Marx und die Schaffung von Arbeitsplätzen - ein Exkurs

Für Marx war die Idee, die Arbeiter*innenbewegung sollte um die Schaffung von Arbeitsplätzen kämpfen, völlig absurd. Dazu kann ein Präzedenzfall zitiert werden: nach der Februarrevolution 1848 in Frankreich hatte das Proletariat wohl das *„Terrain für den Kampf um seine revolutionäre Emanzipation, keineswegs diese Emanzipation selbst“* (MEW 7; 18) erkämpft. **Emanzipation** das meinte für Marx die Auflösung der kapitalistischen Formen der Arbeit, also Überwindung der Lohnarbeit, des Eigentums an Produktionsmittel und an Grund und Boden.

Aber stattdessen geschah etwas anders. Etwas, was viele Kritiker*innen des Grundeinkommens wohl in Verzücken versetzen dürfte: Die neue Revolutionsregierung schuf bewusst Arbeitsplätze für die erwerbslosen Proletarier*innen in Paris. Garantierte Arbeit für alle! Welch ein Programm! *„Marche, ein Arbeiter, diktierte das Dekret, worin die eben erst gebildete provisorische Regierung sich verpflichtete, die Existenz der Arbeiter durch die Arbeit sicherzustellen, allen Bürgern Arbeit zu verschaffen usw.“* (MEW 7; 18). Aber es kam noch toller. Die revolutionäre Koalitionsregierung zögerte bei der Verwirklichung dieses Programms. Das Ergebnis waren massive Aufmärsche der Arbeiter*innenklasse, der Forderung wurde so Nachdruck verliehen. *„Und als sie [die Revolutionsregierung K.R.] wenige Tage später ihre Versprechungen vergaß und das Proletariat aus den Augen verloren zu haben schien, marschierte eine Masse von 20000 Arbeitern auf das Hotel de Ville mit der Rufe: Organisation der Arbeit! Bildung eines eigenen Ministeriums der Arbeit!“* (MEW 7; 18).

Lohnarbeit - sinnentleert

Schlussendlich wurde eine Kommission eingerichtet, das Palais Luxembourg ihnen als Tagungsort zugewiesen. Das Ergebnis war die Errichtung von so genannte Nationalateliers, in denen Arbeitslosen Beschäftigung fanden. *„Hunderttausend durch die Krise und die Revolution auf das Pflaster geworfene Arbeiter enrollierte der Minister Marie in sogenannte Nationalateliers. Unter diesem prunkenden Namen versteckte sich nichts anderes als die*

Verwendung der Arbeiter zu langweiligen, eintönigen, unproduktiven Erdarbeiten für einen Arbeitslohn von 23 Sous. Englische workhouses im Freien - weiter waren diese Nationalateliers nichts. (MEW 7; 26).

Aus heutiger Sicht könnte man von einem zweiten Arbeitsmarkt sprechen, der mittels Staatsgelder finanziert wurde. Die Parallelen zur Mogelpackung „solidarisches Grundeinkommen“ in Berlin liegen auf der Hand. Ungeachtet der Tatsache, dass das Pariser Proletariat diese Nationalateliers forderte, kritisierte Marx dieses Projekt heftigst. Die Kommission im Palais Luxembourg bezeichnete er als *„eine sozialistische Synagoge, deren Hohepriester, Louis Blanc und Albert die Aufgabe hatten, das gelobte Land zu entdecken, das neue Evangelium zu verkünden und das Pariser Proletariat zu beschäftigen.“* (MEW 7; 19). Um es nochmals zu betonen: **Marx unterstützte stets auch die kleinsten Verbesserungen in der Lohnarbeit, aber vom Projekt jenseits der eigentlichen kapitalistischen Ökonomie mittels Staatsfinanzierung Lohnarbeit zu schaffen hielt er nichts.**

„Organisation der Arbeit! Aber die Lohnarbeit, das ist die vorhandene bürgerliche Organisation der Arbeit. Ohne sie kein Kapital, keine Bourgeoisie, keine bürgerliche Gesellschaft. Ein eigenes Ministerium der Arbeit! Aber die Ministerien der Finanzen, des Handels, der öffentlichen Arbeiten, sind sie nicht die bürgerlichen Ministerien der Arbeit? Und neben ihnen ein proletarisches Ministerium der Arbeit, es musste ein Ministerium der Ohnmacht sein, ein Ministerium der frommen Wünsche, eine Kommission des Luxembourg.“ (MEW 7; 19). Marx geht auch mit dem Pariser Proletariat hart ins Gericht: *„Der Kommission des Luxembourg, diesem Geschöpfe der Pariser Arbeiter, bleibt das Verdienst, das Geheimnis der Revolution des neunzehnten Jahrhunderts von einer europäischen Tribüne herab verraten zu haben: die Emanzipation des Proletariats.“* (MEW 7; 21). Die Schließung der Nationalateliers am 3. Juli 1848 trieb die Pariser Proletarier in einen Aufstand, der brutal niedergeschlagen wurde. Marx verurteilte diese Blutverbrechen selbstverständlich auf das Schärfste. Aber dies ändert nichts an der Tatsache, dass er diese Form der Arbeitsbeschaffung als Sackgasse, ja Verrat geißelte. **Marx war kein Ultralinker, der den Verhältnissen nur eine abstrakte Negation entgegensetzte. Aber die Schaffung von Arbeitsplätzen neben der Nachfrage durch das Kapital, darin konnte er nichts Emanzipatorisches erkennen. Selbst kleine, konkrete Verbesserungen sind nur gegen die Logik und die Interessen des Kapitals zu erringen, nicht mit ihnen.**

Mit Marx die Erwerbsarbeitslosigkeit verstehen

Marx lässt uns auch die Ursachen und die Dynamik der Erwerbsarbeitslosigkeit besser verstehen. Wir wissen, gerade bei diesem Thema differieren die Meinungen beträchtlich. Manche vermuten, Automatisierung und Digitalisierung würden die menschliche Arbeitskraft irgendwann gänzlich überflüssig machen, andere hingegen meinen Erwerbsarbeitslosigkeit dürfe nicht hingenommen werden, schließlich gäbe es genug auch sinnvolle Arbeit, Stichwort Ökologie. Ein Blick in die Marxschen Analysen bringt Licht in diese Debatte. Marx kennt die zyklische Erwerbsarbeitslosigkeit, die in Phasen der Krise anschwillt und in Phasen der Prosperität wieder zurückgeht. Interessanter und für uns von mehr Relevanz sind aber seine Erwartungen hinsichtlich der historischen Dynamik der Arbeitslosigkeit.

Immerhin nennt er den diesbezüglichen Abschnitt im *Kapital* „**Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation**“ (MEW 23; 640ff), eine doch sehr gewichtige Formulierung!

Diese Passagen werden oftmals oberflächlich unter **Verelendungstheorie** rubriziert, inklusive der Kritik an Marx, so schlecht ginge es den Arbeiter*innen heutzutage doch gar nicht. Tatsächlich antizipiert Marx im 23. Kapitel des ersten Bandes des *Kapitals* weitaus differenzierter jene Situation, die sich vor unseren Augen realisiert als der Ausdruck Verelendungstheorie vermuten lässt. Grundlage seiner Überlegungen beruhen auf der These, dass die Produktivkraft der Arbeit permanent steigt. Das heißt, angetrieben durch die Konkurrenz strebt das Kapital danach, in derselben Arbeitszeit pro Arbeitskraft immer mehr Güter zu erzeugen. Produktivkraft ist letztlich eine Zeitgröße, je höher, desto weniger Arbeitszeit ist für die Erzeugung eines Gutes nötig. Diese These hat sich glänzend bestätigt und ich kenne niemanden, der sie ernsthaft anzweifelt.

Teufelskreis der Lohnarbeit

Höhere Produktivkraft bedeutet aber mehr Rohstoffe, mehr Energie, mehr Abnutzung von Maschine und eben mehr Produkte.[5] Das bedeutet, der Teil des investierten Kapitals, der für Maschinen, Rohstoffe usw. ausgegeben werden muss steigt permanent verglichen mit der Lohnsumme. Oder anders ausgedrückt: Es muss immer mehr Kapital pro Arbeitskraft investiert werden, um auf dem gegebenen Stand der Technik zu produzieren. Das bedeutet weiters: Um gegenwärtig doppelt so viele Arbeiter*innen zu beschäftigen als sagen wir vor dreißig Jahren, ist keinesfalls das doppelte, sondern ein Vielfaches an Kapital notwendig. Marx unterstellt, dass das Kapital durchaus wächst, also kräftig akkumuliert. Aber dieses Wachstum reicht nicht aus, um eine wachsende Bevölkerung zu beschäftigen. Die Schere zwischen der Nachfrage nach Arbeitszeit und der auf Lohnarbeit angewiesenen Bevölkerung öffnet sich, es kommt zum Entstehen einer Sockelarbeitslosigkeit. Aber was bedeutet ein Wachstum des Kapitals mit immer geringeren Lohnanteil für das „*Geschick der Arbeiterklasse*“ (MEW 23; 640)? Die Antwort von Marx lautet keineswegs simpel Verelendung, sondern eine wachsende Ungleichverteilung der Lohnarbeit. Den Druck, den die Erwerbsarbeitslosen auf die Lohnarbeit ausüben, erlaubt es dem Kapital, die noch Beschäftigten immer intensiver und länger arbeiten zu lassen. Wenn also ihre Entlohnung, etwa durch die Menge an bezahlten Überstunden steigt, so bedeutet eine höhere Lohnsumme keineswegs automatisch mehr beschäftigte Arbeitskräfte. Zugleich kann das Kapital durch Automatisierung und Standardisierung auf schlecht bezahlte Arbeitskräfte zurückgreifen. Höherer Arbeitsdruck für die einen, schlechtere Bezahlung für die anderen, so die zu erwartende Entwicklung nach Marx.

Marx fasst in einer Passage diese beiden Tendenzen zusammen: „*Man hat gesehen, dass die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und Produktivkraft der Arbeit - zugleich Ursache und Wirkung der Akkumulation - den Kapitalisten befähigt, mit derselben Auslage von variablem Kapital mehr Arbeit durch größere extensive oder intensive Exploitation der individuellen Arbeitskräfte flüssig zu machen. Man hat ferner gesehen, dass er mit demselben Kapitalwert mehr Arbeitskräfte kauft, indem er progressiv geschicktere Arbeiter durch ungeschicktere, reife durch unreife, männliche durch weibliche, erwachsene*

Arbeitskraft durch jugendliche oder kindliche verdrängt.“ (MEW 23; 664f). Arbeit und Arbeitslosigkeit beginnen sich höchst ungleich zu verteilen.

„Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt. Die Verdammung eines Teils der Arbeiterklasse zu erzwungenem Müßiggang durch Überarbeit des andren Teils und umgekehrt, wird Bereicherungsmittel des einzelnen Kapitalisten (...)“ (MEW 23; 665)[6]. **Wir erkennen also, dass das Label „Verelendungstheorie“ die Marxschen Ausführungen nur sehr unzureichend wiedergibt.**

Lohnarbeit zwischen Arbeitslosigkeit und Überarbeitung

Marx postuliert zwar eine Schicht, die völlig an den Rand gedrängt und ins Elend gestürzt wird, erwartet aber zugleich passable Einkommen für jene, die unter Überarbeitung leiden, dazu aber keine Alternative sehen. Ist diese Situation eingetreten? Ich meine, ja. Es gibt in unseren Breiten tatsächlich von massiver Armut Betroffene. Jeder 90. in den USA lebende Mensch ist obdachlos.[7] Interessant und Marx bestätigend sind auch die offiziellen Daten. Man verstehe, dass ich, Österreicher der ich bin, jetzt die Zahlen aus Österreich präsentiere, ein Land, in dem die kapitalistische Krise bis jetzt relativ schwach durchgeschlagenen hat, trotzdem sind auch hierzulande die Auswirkungen der kapitalistischen Wachstumsdynamik manifest. In Österreich sinkt die tatsächlich geleistete Arbeitszeit pro Woche (inklusive bezahlter und nicht bezahlter Überstunden) kontinuierlich. Von 36,2 Stunden im Jahre 2004 ist sie auf 31,8 im Jahre 2018 gesunken, für Männer betragen die Werte 42,2 auf 35,6, für Frauen 31,2 auf 27,3 (Quelle: Statistik Austria). Auch der Vergleich zwischen der insgesamt geleiteten Arbeitszeit, der Anzahl der Beschäftigten und dem Wachstum der Bevölkerung ist instruktiv. Um die Daten übersichtlich darzustellen hier eine kleine Tabelle.

Jahr	Beschäftigte	insgesamt geleistete	tatsächliche Arbeitsstunden	
	österreichische	Arbeitsstunden	pro Woche	
Wohnbevölkerung				
2008	3.995.000	7.113.000.000	34,8	8.341.000
2018	4.319.000	7.001.000.000	31,8	8.851.000

Obwohl die Zahl der Beschäftigten gestiegen ist, sinkt die von ihnen geleitete Arbeitszeit sowohl insgesamt als auch im Wochendurchschnitt. Dass die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zur österreichischen Bevölkerung leicht gestiegen ist, zeigt wiederum die massiven Zunahmen von geringfügiger und stundenweiser Beschäftigung.

Wundermittel Arbeitszeitverkürzung?

Das hat jedoch für die Strategie der Arbeitszeitverkürzung massive Folgen. Wie Marx prognostiziert, haben wir es mit einer massiven Ungleichverteilung der geleisteten Arbeitszeit zu tun. Eine mögliche gesetzliche Regelung trifft also auf bedeutende Schieflagen. Im **Nachkriegsfordismus** (1945 bis Mitte der 70er Jahre) konnten Arbeitszeitverkürzungen deswegen greifen, weil tatsächlich sehr geregelt und zeitlich homogen gearbeitet wurde.

Der **Neoliberalismus** hat die Regelung der Arbeitszeit in vielen Bereichen de facto aber auch de jure aufgelöst. Die Gegenwart entspricht weit mehr der Marxschen Perspektive als die Ausnahmephase des Fordismus. Die Frage ist nun nicht, Arbeitszeitverkürzung ja oder nein. Die Antwort lautet aus Marxscher Perspektive unbedingt ja. Die eigentliche Frage lautet, was kann von so einer Maßnahme erwartet werden, welche Wirkungen sind zu erhoffen? Wenn wir das „Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ von Marx ernst nehmen, ist die Perspektive düster. **Damit Arbeitszeitverkürzung im Kapitalismus wirken könnte, müsse die aktuell herrschende Kultur der Lohnarbeit verändert werden.**

Lohnarbeit – vom Mittel zum Zweck verkommen

Diese Kultur hat sich in den letzten Jahrzehnten beträchtlich verändert. Nicht der Konsum und der sichere Arbeitsplatz dank Lohnarbeit wie im Fordismus (inklusive Sozialsystem, Urlaubsreisen und wachsendem Wohlstand), sondern die Anerkennung durch und in Lohnarbeit sei die eigentliche Gratifikation, so will es die neoliberale Ideologie. Wer als Leistungsträger*in gelten will, darf nicht auf die Uhr sehen und Arbeit in der Freizeit gehört selbstverständlich dazu. Erfolg kennt eben keine Arbeitszeitgrenzen ist man versucht mit Zynismus zu sagen. Wer zu den innovativen Schichten zählen will, darf nicht nach einem zwanzig Stunden Job fragen.

Arbeitszeitverkürzung – eine Chimäre innerhalb kapitalistischer Bedingungen

Zu diesem, zumeist selten thematisierten Hindernis für eine wirkungsvolle Arbeitszeitverkürzung, tritt die von Marx antizipierte Schere zwischen nachgefragten Lohnarbeitsstunden und zum Verkauf der Arbeitskraft benötigten Menschen hinzu. Um wirkungsvolle Effekte auf den Arbeitsmarkt zu haben, müsste die Wochenarbeitszeit deutlich unter 30 Stunden gesenkt werden, ein Verbot von Überstunden inklusive. Dass viele Klein- und Kleinstbetriebe auch in diesem Falle keine neue Arbeitskraft einstellen können, steht auf einem anderen Blatt. Nicht zufällig wurde seinerzeit in Frankreich Betriebe unter 20 Beschäftigten von der Arbeitszeitverkürzung ausgenommen. In Österreich arbeiten etwa 24% aller Beschäftigten in solchen Kleinbetrieben. Durchaus optimistisch wird von den Vertreter*innen einer Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden ein Beschäftigungseffekt von 40.000 Arbeitsplätzen erwartet. Um des Arguments willen akzeptieren wir jetzt diese Annahme. Aber es gibt in Österreich 400.000 Erwerbsarbeitslose, selbst wenn diese Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt werden würde, so bleibt die Frage offen, was ist mit den anderen 360.000? Unübersehbar ist der Paternalismus dieser Orientierung. Warum überhaupt die Arbeitszeit verbindlich regeln? Warum eine 35 Stundenwoche für alle? Es gibt

Menschen, die gerne länger arbeiten, ebenso wie es andere gibt, die mit 20 oder gar 15 Stunden pro Woche arbeiten und angemessen leben wollen.

Der freie Mensch – die freie Arbeit

Nicht der geregelte, in fixe Ordnungen eingespannte Mensch war das Ideal von Marx (wie es ahnungslose KritikerInnen behaupten), sondern die freie, selbstbestimmte soziale Existenz. „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (MEW 19; 21). Dass sich das Individuum in eine gegebene Ordnung einzufügen hat, soll in einer freien Gesellschaft überwunden sein; das war für Marx in Stein gemeißelt. Wir alle kennen jene etwas kryptische Passage, in der Marx sich explizit für die Sprengung jenes Ordnungsgefüges ausspricht, die die Arbeitsteilung dem Individuum aufrötigt: „*Sowie nämlich die Arbeit verteilt zu werden anfängt, hat Jeder einen bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht heraus kann; er ist Jäger, Fischer oder Hirt oder kritischer Kritiker und muss es bleiben, wenn er nicht die Mittel zum Leben verlieren will - während in der kommunistischen Gesellschaft, wo Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.*“ (MEW 3; 33). Wenn ich oben diese Passage etwas kryptisch genannt habe so deshalb, weil Marx schwerlich wahre Tausendsassas im Kommunismus erwartet hat, die alles können und alles im Nu erlernen. Dieser Eindruck könnte entstehen. **Sondern es geht um eine freie, in jeder Hinsicht selbstbestimmte Anteilnahme an der gesellschaftlich organisierten Produktion.**[8]

Machen wir uns nichts vor: der Neoliberalismus hat begriffen, dass strikt und stur geregelte Arbeitszeiten nicht den unterschiedlichen Bedürfnissen entsprechen und hat dies auf seine prekäre und vereinzelnde Art auch verwirklicht. Letztlich, und das sagt uns Marx in dem so wichtigen 23. Kapitel im *Kapital*, erzwingt „Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ eine massive fremdbestimmte Ungleichverteilung der Arbeit, mag sie unseren Interessen entsprechen oder nicht. **Unsere Antwort sollte doch darin bestehen, diese Fremdbestimmung in Selbstbestimmung umzumünzen. Das Grundeinkommen ist ein Hebel dazu.**[9]

Von Marx lernen, gesamtgesellschaftlich zu denken

Im Grunde sind wir mit einer paradoxen Situation konfrontiert. Die Schere zwischen den Masseneinkommen und den Einkommen der herrschenden Klassen öffnet sich. Ehemals verfestigte Spaltungen des Proletariats in Beamt*innen, Angestellte und Arbeiter*innen lösen sich auf. **Der Status der Lohnabhängigkeit verallgemeinert sich, aus klar unterscheidbaren gesellschaftlichen Großgruppen wie die traditionelle Arbeiterschaft entsteht ein Kontinuum von wechselnden sozialen Lagen.**[10] Teile des Proletariats verfügen im Gegensatz zum 19. Jahrhundert über einen Hochschulabschluss, der allerdings kaum noch hohe Einkommen und soziale Elitepositionen garantiert. Von einem Bewusstsein

„Klasse gegen Klasse“ ist jedoch nichts zu merken. Obwohl sich die ökonomische Existenzsituation der zur Lohnarbeit Gezwungenen tendenziell verschlechtert, obwohl sinkende Löhne mit steigenden Mietkosten einhergehen, ist eine kollektive, verallgemeinerte und verallgemeinerbare Strategie zur Sicherung der ökonomischen Existenzsituation der überwiegenden Mehrheit der Menschen nicht in Sicht.

Gewerkschaften agieren auf verlorenem Posten

Zu unterschiedlich sind die Arbeitsverhältnisse, zu zersplittert die Beschäftigungsformen, zu wechselnd die Lebenslagen (Ausbildung, Beschäftigung und Erwerbsarbeitslosigkeit fließen oft ineinander), um mit herkömmlicher Lohnpolitik gesamtgesellschaftlich die Einkommen sichern und die Arbeitsverhältnisse humanisieren zum können. Wohl mag manches in einzelnen Branchen und Großbetrieben gelingen, die Masse der Verhältnisse bleibt außen vor. Hinzu tritt ein **Paternalismus, der den Menschen autoritär vorschreibt, wonach sie zu verlangen haben: Vollzeitbeschäftigung für Frau und Mann**. Das Versagen der Strategie der Gewerkschaften zeigte sich bei der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns auch in Deutschland, den es inzwischen in fast allen europäischen Ländern gibt. Das heißt im Klartext: Die europäischen Gewerkschaften sind nicht in der Lage flächendeckend für passable Mindestlöhne zu sorgen.

Aber auch der Mindestlohn besitzt keine umfassende gesellschaftliche Dimension: Um ihn zu bekommen muss man über ein Lohnverhältnis verfügen. Die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und andere Linke fokussieren aber nach wie vor auf die sogenannte Primärverteilung. Das heißt, das Einkommen der Massen müsse über angemessene Löhne und Gehälter gesichert werden. Dogmatisch wird an dieser Orientierung festgehalten, ungeachtet der Tatsache, dass sie zahlreiche gesellschaftliche Lebenslagen nicht mehr erfasst und Niedriglohnsektoren und zweite Arbeitsmärkte nicht verhindert werden konnten. **Warum nicht den Weg der Sekundärverteilung gehen?** Mit angemessenen Löhnen ist es ja nie getan. Marx verweist auf die „*sekundäre Ausbeutung*“ (MEW 25; 623) durch Mietwucher und Konsumkredite. Klaus Dörre betont, dass das Kapitalverhältnis in „all seinen historischen Ausprägungen [stets] mit Formen sekundärer Ausbeutung verwoben“ ist. (Dörre 2011)[11] Sowohl die primäre als auch die sekundäre Ausbeutung findet in zersplitterten, oftmals höchst unterschiedlichen Verhältnissen statt. Dort sind die Mieten unverschämt hoch, in anderen Gegenden aber eher moderat. Der eine Betrieb zahlt halbwegs angemessene Löhne, im anderen wird nicht einmal der Wert der Ware Arbeitskraft bezahlt. Ein Grund für die Stabilität des Neoliberalismus liegt in der erfolgreichen Auflösung verallgemeinerter Arbeits- und Lebenslagen. Eine Antwort im Sinne vom Marx sollte in der Orientierung auf eine gesamtgesellschaftliche Strategie bestehen. Ein Grundeinkommen tatsächlich für alle, finanziert durch massive Besteuerung der herrschenden Klassen, würde die Auseinandersetzung sofort auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene heben. Es wäre ja naiv zu meinen, bei einer Einführung des Grundeinkommens wäre die gesellschaftliche Auseinandersetzung vorbei – eher ist anzunehmen, sie beginnt erst dann. Mit einem echten Grundeinkommen werden sich die herrschenden Klassen nicht arrangieren. *Wie* sie dagegen agieren werden, kann nicht ernsthaft antizipiert werden, aber *dass* sie es tun werden, steht aus Marxistischer Sicht außer Zweifel. Ich kann mir nicht vorstellen, dass kommende Auseinandersetzungen um das Grundeinkommen von der Mehrheit der

Bevölkerung als Konfrontation „Klasse gegen Klasse“ interpretiert werden. Von der Sache her ist es aber so. Im Gegensatz zu den derzeitigen zersplitterten Auseinandersetzungen um Löhne und Arbeitsbedingungen und den Abwehrkämpfen gegen die sekundäre Ausbeutung (Mietkämpfe) findet der Konflikt um das Grundeinkommen, vor, während und nach einer möglichen Verwirklichung, von Haus aus auf gesamtgesellschaftlicher Ebene statt.

Marx würde das zweifellos gefallen.

[1] Das Ziel des Kommunismus besteht nach Marx keineswegs darin, Gerechtigkeit zu verwirklichen. Diesen Begriff hält Marx für ungeeignet, emanzipatorische Ziele zu formulieren. Marx geht es letztlich um die Kritik der Formen, die die Arbeit und ihre Produkte im Kapitalismus annehmen müssen, kurz gesagt um Kritik der Lohnarbeit und um Kritik des Warenstatus der Arbeitsprodukte. Dies wird oft nicht verstanden und durch eine Rhetorik der Gerechtigkeit ersetzt, die notwendig die Verteilung in den Mittelpunkt rückt und die Formkritik ignoriert.

[2] Diese sind beileibe nicht überall gegeben. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das exzellente Buch von Heide Gerstenberger: „Markt und Gewalt“.

[3] Man kann es nicht genug oft sagen: Marx hat kein Modell einer freien Gesellschaft entworfen, welches dann bei der „Verwirklichung“ gescheitert sei. Welch ein Unsinn! Tatsächlich liefert uns Marx eine präzise Kritik der kapitalistischen Produktionsweise und arbeitet dadurch die objektiven Bedingungen für den Kommunismus heraus. Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit ist dafür ein Schlüssel.

[4] Was nun die Staatstheorie bei Marx betrifft, so möchte ich hier folgendes festhalten. Die Sache ist komplexer, als es so manchen erscheint, Lenins „Staat und Revolution“ führt uns jedenfalls in die Irre. Lenin refeudalisiert den Staat (d.h. er nimmt die Trennung zwischen politischer und ökonomischer Herrschaft zurück) und macht ihn, mit Hilfe Engelsscher Formulierungen, zu einer Art Schlägerbande des Kapitals. Marx ist weitaus differenzierter und erkennt vor allem die strukturelle Entgegensetzung von Staat und Gesellschaft. Mehrfach verwendet Marx das Bild der „Boa constrictor“, der Würgeschlange, die den „eigentlichen Gesellschaftskörper ... umklammert“. (MEW 17; 591f) Als Konsequenz aus den Erfahrungen der Pariser Commune schreibt er: „Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen.“ (MEW 17; 336) Spätestens ab 1871 (Pariser Commune) ist klar, dass Marx und Engels bezüglich der Staatsfrage verschiedene Aspekte betonen. Marx fokussiert auf die Zerschlagung des Staatsapparates und seine Ersetzung durch demokratisch Räte, Engels auf Eroberung der Staatsmacht. „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum.“ (MEW 20; 261) schreibt Engels. Aber Zerschlagung ist nicht Eroberung, und das von Engels anvisierte „Absterben des Staates“ ist nicht seine Ersetzung durch Räte. Marx hingegen: „Aber die Arbeiterklasse

kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen.“ (MEW 17; 336)

[5] Marx diskutiert klarerweise auch entgegengesetzte und relativierende Mechanismen. Die steigende Produktivität senkt den Wert aller Waren, eine doppelte Menge an Rohstoffen muss nicht den doppelten Wert besitzen. „Der Grund ist einfach der, dass mit der wachsenden Produktivität der Arbeit nicht nur der Umfang, der von ihr vernutzten Produktionsmittel steigt, sondern deren Wert, verglichen mit ihrem Umfang, sinkt. Ihr Wert steigt also absolut, aber nicht proportionell mit ihrem Umfang.“ (MEW 23; 651) Der sinkende Wert pro Einheit kann aber das anschwellende Volumen insgesamt nicht kompensieren, da es eine Naturschranke bei der Senkung der Produktionszeit gibt, so die Auffassung von Marx.

[6] Zu bedenken ist in jedem Fall die Aussage von Frederic Jameson. Er „vertrat die These, Marx' *Kapital* sei kein Buch über Politik, noch nicht einmal eines über Arbeit: Es ist ein Buch über Arbeitslosigkeit.“ Zitiert nach N. Srnicek; A. Williams, „Die Zukunft erfinden“, Berlin 2016; Seite 151

[7] Das sind Schätzungen. Die Behörden in den USA haben kein Interesse, valide Daten zu erheben.

[8] Wie schon oben angemerkt bleibt die konkrete Form dieser gesellschaftlichen Organisation der Produktion bei Marx unbestimmt. Es gibt eben kein Patentrezept zu verwirklichen.

[9] Wir könnten an dieser Stelle entgegenwirkende Ursachen, wie sich Marx ausdrücken würde, diskutieren. Etwa die Schaffung von Arbeitsplätzen mittels staatlicher Finanzierung via Steuern. Aber eine allgemeine „Ankurbelung der Wirtschaft“ kann unmöglich die Tendenz zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit umkehren, im Gegenteil.

[10] Zum Begriff des Proletariats verweise ich auf meinen Artikel:
<http://volksstimme.at/index.php/zwischenrufe-links/item/201-klassenbewusstsein-oder-arbeit-erinnenbewusstsein-oder-welche-gestalt-hat-das-proletariat-heute.html>

[11] Klaus Dörre „Sekundäre Ausbeutung und Prekarität – Herausforderungen für die Klassentheorie“, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 87, September 201